



Berufliche Eingliederung und Integration von Bleibeberechtigten und Flüchtlingen



Hessischer Flüchtlingsrat
Leipziger Str. 17
60487 Frankfurt
Tel.: 069-976-978-09
Fax: 069-976-978-11
www.fr-hessen.de
www.bleibin.de

Kurzinformation zum neuen Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz¹

Mit der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ist seit dem 01.01.2009 auch das neue Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz in Kraft getreten. Es erlaubt und fördert die Qualifizierung von Geduldeten (§ 60a AufenthG) und verbessert die aufenthaltsrechtliche Situation von ausländischen Hochschulabsolventen.

Durch das neue Gesetz kann Geduldeten, die einen qualifizierten Berufsausbildungs- oder Hochschulabschluss erworben haben und eine dem Abschluss angemessene Beschäftigung ausüben, eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden. Auch Geduldeten, die als Fachkräfte seit drei Jahren ununterbrochen eine Beschäftigung ausüben, welche eine qualifizierte Berufsausbildung erfordert, kann unter bestimmten Voraussetzungen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (beides unter § 18a AufenthG neu). Im Ausland erworbene berufliche Kompetenzen und Zertifikate können somit eine den Aufenthalt sichernde Funktion erhalten.²

Bei der Ausbildung entfällt die Vorrangprüfung für Geduldete, wenn sie sich seit einem Jahr erlaubt, geduldet oder mit Aufenthaltsgestattung im Bundesgebiet aufgehalten haben (§ 10 BeschVerfV neu). Geduldete können nun auch BAföG und BAB nach 4 Jahren Voraufenthalt beziehen. Beide Hilfen gelten als eigenständige Lebensunterhaltssicherung (§§ 8 IIa BAföG neu, § 63 IIa SGB III neu). Für die Qualifizierung und Ausbildungsförderung von Jugendlichen mit einer Duldung bedeutet dies, dass die Zugänge zu Ausbildung und Arbeit deutlich erleichtert werden.³

Ausländischen Hochschulabsolventen wird mit dem neuen Gesetz die Möglichkeit der legalen Wiedereinreise und ein Aufenthaltsrecht eingeräumt. Dies gilt auch bei einem (früher) in Deutschland abgeschlossenem Studium, wenn ein angemessener Arbeitsplatz nachgewiesen wird (§ 27 BeschV neu). Für "Neu-Unionsbürger", die im Herkunftsland einen Hochschulabschluss erworben haben, gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit, wenn sie einen angemessenen Arbeitsplatz nachweisen (§ 12b ArGV neu).

Frankfurt, März 2009

¹ Weiterführende Informationen unter: <http://www.fluechtlingsinfoberlin.de/fr/zuwg/Arbeitsmigrationssteuerungsg.html>

² Aktuelle Projekte dazu: <http://tuer-an-tuer.de/tuer-an-tuer-integrationsprojekte/global-competences-1> und <http://www.berufliche-erkennung.de/>

³ Weiterführende Informationen unter:

<http://www.equal-saga.info/fly.html> und <http://www.dicvosnabrueck.caritas.de/51270.html>